

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1074

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1074



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



13. Lilienberg Gedanken

Kriege und Konflikte an Europas Rändern

Die grösste sicherheitspolitische Herausforderung seit Jahrzehnten – auch für die Schweiz



Ukrainische Truppen im Osten des Landes: Einer der aktuellen Konflikte an den Rändern von Europa. (AFP)

Einleitung

Die weltpolitische Lage hat sich in den vergangenen Monaten dramatisch verschlechtert und ist so gefährlich geworden, wie sie schon seit Jahren nicht mehr war. Die vielen Konflikte und offenen Kriege sind so komplex, dass es sehr schwer fällt, sie zu verstehen und einzuordnen sowie die Übersicht zu behalten. Vor allem an Europas Rändern wird die Lage fast täglich dramatischer. Die westliche Welt reibt sich verwundert und erschreckt die Augen ob dieser raschen und scheinbar unaufhaltsamen Entwicklung

zum Unguten. Langsam beginnt man den Ernst der Lage richtig einzuschätzen, doch nach wie vor fehlt das Verständnis für Ursachen und Folgen dieser Auseinandersetzungen sowie für deren innere Zusammenhänge. Die vorliegenden «Lilienberg Gedanken» schaffen hier auch keine Abhilfe, aber sie sollen eine Übersicht über die Krisenherde an Europas Rändern mit Blick auf die übrigen sicherheitspolitischen Hotspots des Globus vermitteln und – nur summarisch – der Frage nachgehen, welche Auswirkungen diese Konflikte auf die Sicherheitspolitik Europas und der Schweiz haben könnten.



Russland hat internationales Recht gebrochen: Weltweit wird gegen Putins Einmischung in der Ukraine protestiert. (AFP)

Ursachen und Auslöser

Bei jedem Konflikt oder ausgebrochenen Krieg muss man – wie das bereits früh im Geschichtsunterricht gelehrt wird - zwischen Ursachen und Anlass unterscheiden. Die Ursachen eines Krieges sind meistens komplex und können weit in die Geschichte zurückgehen, während es sich beim Anlass oft um eine vergleichsweise Bagatelle handeln kann. Diese Binnsenwahrheit wird hier deshalb explizit erwähnt, weil gerade bei einem Teil dieser Konflikte Ursachen und Anlass oft vermischt werden: Die Informationsflut, die von versteckter Propaganda und sehr viel Halbwissen durchzogen ist, erschwert die saubere Analyse und eine redliche gedankliche Auseinandersetzung. In unserem Beitrag kann indessen auch nur andeutungsweise auf den jeweiligen Anlass und die Ursachen hingewiesen werden.

Russland und Ukraine: Angriff auf Europas Ordnung

Die Lage in der Ostukraine entwickelt sich trotz eines labilen Waffenstillstandes immer mehr zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Die Unruhen in der Ostukraine, denen die Annexion der Halbinsel Krim durch Russland vorgegangen war, begannen nach dem Sturz der Regierung von Wiktor Janukowitsch durch eine breite, aber sehr heterogene Volksbewegung (Maidan-Platz). Diese lehnte die Bestrebungen der Regierung ab, sich Putins Eurasischen Union anzuschliessen, befürworteten stattdessen die von Janukowitsch aufs Eis gelegte Option einer EU-Annäherung. Dieser Machtwechsel stiess auf heftige Kritik in Moskau, das sehr schnell von einer Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerungsteile durch die neuen Herren in Kiew sprach. Seine Gegenreaktion liess nicht lange auf sich warten. Schon kurz nach dem Erlöschen der Olympischen Flamme in Sotschi im Februar, wo Putin vor der

ganzen Welt gefeiert worden war, kam es auf der Krim plötzlich zu Zwischenfällen, ausgelöst von unbekanntenen Gruppierungen, die eine Loslösung der Halbinsel von der Ukraine forderten.

Was dann passierte, schien einem vorbereiteten Drehbuch gefolgt zu sein: Plötzlich tauchten gut bewaffnete und disziplinierte Soldaten ohne Hoheitszeichen auf und besetzten wichtige Einrichtungen, wie Flugplätze oder Militärstützpunkte. Dann wurde sehr rasch eine Volksabstimmung inszeniert, bei der sich die Bevölkerung grossmehrheitlich für eine Abspaltung der Halbinsel und damit für eine Angliederung an Russland aussprach, welches diesem Ansinnen entgegenkam. Dies alles verlief in einem atemberaubendem Tempo, ohne dass anerkannte völkerrechtliche Standards eingehalten worden wären.

Der Ukraine blieb angesichts der Machtverhältnisse nichts anderes übrig, als diese völkerrechtswidrige Abspaltung mit der Faust im Sack hinzunehmen. Darauf brachen auch im Osten der Ukraine Unruhen aus, auch hier wurden selbsternannte Gruppierungen und Kampfeinheiten aktiv. Nur setzte sich diesmal die ukrainische Armee energisch zur Wehr und zwang die Freischärler zum Rückzug, bis umfassende Hilfe an Menschen und Material von Russland aus einsetzte, was wiederum die Ukrainer stoppte. Die Lage in diesen ostukrainischen Gebieten ist zur Zeit sehr labil. Die westlichen Bündnisse EU und Nato reagierten mit eskalierbaren Sanktionen und einer faktischen Wiederbelebung der Verteidigungsallianz (für die man bis vor kurzem kaum mehr einen Sinn sah...).

Versuch einer Wertung

- Es ist zweifellos erwiesen, dass Russland die Rebellen mit modernen Waffen und mittlerweile mit Truppen unterstützt. Russland leugnet diesen Einsatz, obwohl ihn

die Rebellen bereits mehrfach zugegeben haben.

- Russland hat eindeutig internationales Recht gebrochen und hat bestehende völkerrechtlich anerkannte Grenzen aufs Gröbste verletzt. Damit hat es mutwillig einen gefährlichen Konflikt mit Europa und den USA vom Zaune gerissen und eine neue Ära des Wettrüstens eingeleitet. Putins Vorgehen gegen die Ukraine bedroht letztlich auch andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion, namentlich die baltischen Staaten.

- Auch wenn man die fadenscheinigen Begründungen ernst nehmen könnte, so muss doch betont werden, dass es im heutigen Europa im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) genügend Instrumente gibt, um Konflikte zwischen Nachbarn oder Minderheitenprobleme am Verhandlungstisch zu lösen. Putin geht zwar auf die OSZE-Bemühungen ein, aber nur um mit ihnen ein zynisches Spiel zu treiben.

- Der Westen hat das System Putin noch nicht verstanden, es ist wahrscheinlich auch kaum wirklich zu verstehen. Putin spielt auf der ganzen Klaviatur der Möglichkeiten, von Verhandlungen bis zur faustdicken Lüge, von scheinbarem Einlenken bis zur unverhüllten Drohung. Welche Ziele Putin letztlich hat, ist unklar – es scheint, dass er es selber nicht genau weiss. Vielleicht ist er selber zum Getriebenen geworden. Diejenigen Kreise, die das Heil Russlands in einer Hinwendung zu Eurasien und zu konservativ-orthodoxen Werten sehen, sind von Putins Vorgehen gestärkt worden, so dass dieser kaum mehr einlenken kann, ohne sein Gesicht zu verlieren.

- Was Putin sicher umtreibt, ist die für ihn unerträgliche Tatsache, dass Russland nach dem Untergang und dem Zerfall der Sowjetunion an Grösse und Bedeutung verloren hat (Zitat Putins: «die grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts»). Die Übernahme der Rhetorik von «Neurussland» (ein Begriff aus der Zarenzeit für die damals in Besitz genommene

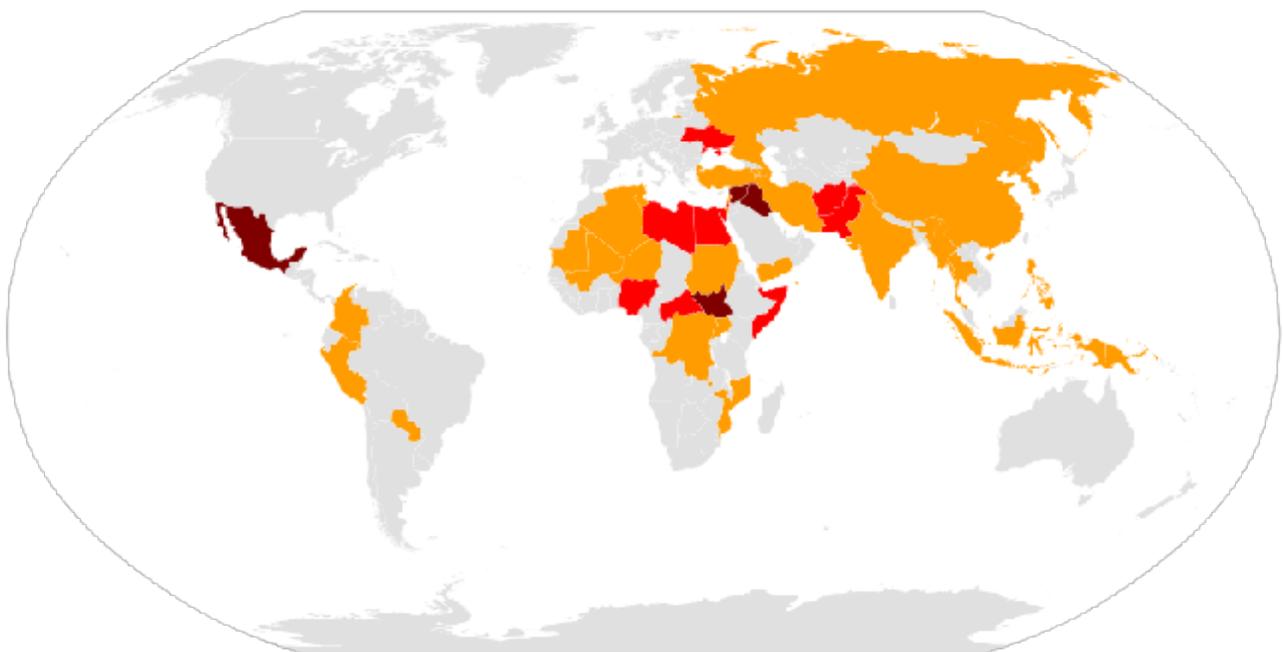
Ukraine), ist ein Indiz dafür, was Putin vorhaben könnte, nämlich die Ausschaltung der geostrategisch wichtigen Ukraine als unabhängigen und freien Staat oder zumindest dessen Schwächung durch eine dauernde Destabilisierung. Der Vorstoss der Rebellen in Richtung Mariupol könnte darauf hindeuten, dass Russland einen Landkorridor zur geographisch isolierten Krim schaffen möchte.

- Die Europäischen Staaten haben auf diesen Angriff auf Europas Ordnung bisher recht besonnen reagiert. Die Sanktionspolitik hat noch wenig bewirkt, Russlands Kassen sind noch gut gefüllt, während die Bevölkerung in ihrem patriotischen Höhenrausch nach wie vor gewillt zu sein scheint, die damit verbundenen Einschränkungen in Kauf zu nehmen.

- Befremdend in diesem Zusammenhang ist die Beobachtung, dass Putin vor allem unter Europas Rechtsparteien auf grosse Sympathien, ja auf Zustimmung stösst. Das gilt beispielsweise für Le Pens Front National, für die deutsche Rechtspartei AfD, für Berlusconi – und auch für nicht wenige Schweizer aus dem rechtsbürgerlichen Lager. Dieses Verständnis schöpft sich vielleicht aus der allen diesen Kreisen gemeinsamen abgrundtiefen Abneigung gegen die EU und gegen die USA: Putin als Widersacher Brüssels und Washingtons machen ihn populär.

Erstarkung der Dschihadisten: moderne Barbarei

Als weitere grosse Bedrohung für den gesamten arabisch-islamischen Raum und Europa ist die dramatische Erstarkung des Dschihadismus, also des extremistischen gewalttätigen Islamismus, zu werten. Nach dem Tod Osama bin Ladens haben viele Menschen, darunter Fachleute und Politiker, geglaubt, die Gefahr des terroristischen Islamismus sei gebannt. Dem ist aber leider nicht so: Neue und noch radikalere Gruppierungen sind auf den Plan getreten – so die Bewegung «Islamischer Staat» (IS) –, die mit einer schockierenden Mischung von militärischer Stärke und unvorstellbarer Brutalität im Irak Raub-



Eine Welt voller Kriege: Die Karte zeigt die aktuellen Schauplätze der bewaffneten Konflikte. Rot und dunkelrot bedeuten aktuelle Konflikte, orange latente Konflikte.

und Zerstörungszüge unternehmen. Ihr Ziel ist die Vernichtung aller Andersgläubigen durch Zwangsbekehrung, Versklavung und Ermordung der standhaft bleibenden «Ungläubigen». Hauptfeind dieser sunnitischen Extremisten sind die Schiiten, aber auch alle anderen religiösen Minderheiten, so die Christen und die Jeziden. Ihr Ziel ist die Einreissung der bisherigen Staatsgrenzen und die Errichtung eines Kalifates, eines reinen islamischen Staates, in dem nur die Scharia als Rechtsgrundlage gelten darf. In kürzester Zeit haben sie zahllose Denkmäler und Heiligtümer, Zeugen der jahrtausendalten kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt Mesopotamiens, unwiederbringlich vernichtet.

Dschihadistische Bewegungen – zu denen auch die etwas marginalisierte Al-Kaida zu zählen wäre – gibt es in dieser radikalen Form in Somalia (Al Shabab), in Nigeria (Boko Haram) sowie in Teilen der Sahelzone. Die islamistischen Gruppierungen in Nordafrika scheinen weniger radikal zu sein, in Ägypten sind sie von den Militärs praktisch ausgeschaltet worden.

Was die Situation besonders bedrohlich und kaum verständlich macht, ist einerseits die geographische Diversität ihres Auftretens, und andererseits deren grosse Attraktivität für viele junge Europäer, die zu Tausenden nach Syrien und in den Irak eilen, um sich dort dem Heiligen Krieg anzuschliessen. Es scheint, dass die brutalen, aber höchst professionell hergestellten Videos, die sich in den elektronischen Medien rasch ausbreiten, ihre Attraktivität noch steigert. Es sind vorwiegend junge Menschen aus den muslimischen Immigrantenumilieus in Europa, aber auch Neu-Konvertierte, die in den Krieg ziehen. Aus ihren Reihen heraus dürfte die moderne PR-Arbeit dieser Bewegung stammen.

Diese europäischen Dschihadisten stellen eine sehr

grosse Bedrohung für die europäischen Staaten dar: Was geschieht mit diesen radikalisierten Menschen, die den Blutausch im Namen der Religion erlebt haben, wenn sie eines Tages zurückkommen sollten? Wie reagieren sie beispielweise auf mögliche Burkaverbote in Europa? Werden sie dann die «Diskriminierung der Muslime» rächen wollen? Zweifellos werden auch viele höchst traumatisierte Menschen zurückkommen.

Versuch einer Wertung

- Was sich hier in diesem grossen Raum abspielt, ist ein neues, aber schreckliches Kapitel in der seit Beginn des frühen 20. Jahrhunderts stattfindenden Auseinandersetzung der islamisch-arabischen Welt mit der Moderne, für die bis vor kurzem die westliche Staatenwelt mit Demokratie und freiheitlicher Wirtschaftsordnung Sinnbild waren. Der arabisch-islamische Raum gehört auch heute noch – aus verschiedensten Gründen – zu den Verlierern oder Marginalisierten der Globalisierung. Mit Ausnahme der Golfstaaten ist diese Region, was wirtschaftliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung betrifft, weitgehend stehen geblieben.

- Seit Beginn des 20. Jahrhunderts versuchte die arabische Welt den Anschluss zu finden, zunächst einmal durch die Übernahme von europäischen Ideologien, so des Nationalismus, Sozialismus und Kommunismus. Erst als dies alles gescheitert war, begannen sich viele Menschen auf ihre islamischen Wurzeln zurückzubesinnen und eine islamistische Ideologie aufzubauen. Trotz Hinwendung zu den Geboten Allahs verbessert sich ihre Lage nicht, was im Verständnis vieler Muslime unbegreiflich und nur damit zu erklären ist, dass sie Opfer einer grossen Verschwörung des modernen Westens sind. Diese Verschwörung funktioniert aus ihrer Sicht aber auch nur, weil die islamische Welt gespalten ist (in Schiiten und Sunniten) und deren Führungsquellen mit dem Westen paktieren und selber den Koran nicht ernst genug nehmen.



Trainingslager für Dschihadisten: Junge Männer machen sich in Nordsyrien für Kämpfe bereit. (AFP)



Dichte Rauchschwaden über Tripolis: Islamistische Milizen haben den Flughafen der libyschen Hauptstadt eingenommen. (EPA)

- Darum müssen (aus Sicht der Dschihadisten, die fast ausschliesslich Sunniten sind) die inneren Feinde zuerst bekämpft werden, also die Schiiten, sowie die auf die Kolonialzeit zurückgehenden Staaten der Region und deren Herrscher.
- Der missglückte Versuch, den Irak nach dem amerikanischen Einmarsch von 2003 neu zu gründen, die Revolten des Arabischen Frühlings sowie der Aufstand gegen Assad in Syrien haben das bisherige, oft mit diktatorischen Mitteln aufrecht gehaltene Gleichgewicht zwischen den Völkern und Kulturen sowie die Stabilität der Region zerstört und eine ungeheure politisch-militärische Dynamik entfesselt.
- Ebenfalls noch nicht klar ist, woher diese Gruppierungen das grosse Knowhow haben, so virtuos auf der ganzen Klaviatur der elektronischen Propaganda-Kanäle zu spielen sowie militärisch derart erfolgreich zu sein.
- Noch nicht wirklich erklärt ist die Faszination, welche diese Terrororganisationen auf so viele junge Menschen aus Europa ausüben.

Und der «klassische Nahostkonflikt»?

Der «klassische Nahostkonflikt» zwischen Israel und den Palästinensern ist angesichts der äusserst blutigen Auseinandersetzungen in Syrien und Irak (im syrischen Bürgerkrieg sind bis jetzt mehr Menschen

ums Leben gekommen als in sämtlichen israelisch-arabischen Kriegen seit 1948!) deutlich in den Hintergrund gerückt. Einzige akute israelisch-arabische Front ist noch der Gaza-Streifen. Im Südlibanon ist es ruhiger geworden, da die dortige Hisbollah im syrischen Bürgerkrieg auf Seiten Assads verwickelt ist. Analysiert man die gegenwärtige Situation rund um Gaza, so stellt man fest, dass sich auch hier mehrere Interessens- und Konfliktlinien kreuzen (zwischen Islamisten und Antiislamisten oder zwischen den arabischen Regionalmächten und dem Iran). Das erklärt zum Beispiel die Gegnerschaft Ägyptens zur Hamas.

Libyen und Nordafrika: Sammellager für Flüchtlinge nach Europa

Eine weiterer Krisenherd an Europas Rändern stellt Libyen dar. Dieser Staat ist nach der blutigen Vertreibung der Gaddafi-Herrschaft mit westlicher (und golfarabischer) Hilfe vor drei Jahren praktisch zerfallen. Nach dem Wegfall der eisernen Klammer der Gaddafis kämpfen die verschiedenen Regionen mit ihren Milizen und weitere bewaffnete Gruppierungen um die Macht in diesem erdölreichen Staat.

Bis jetzt ist völlig unklar, wie dieser Machtkampf, in dem auch islamistische Kräfte beteiligt sind, ausgehen wird. Es scheint aber, dass mehrere arabische Staaten, wie Ägypten und einige Golfanreiner daran sind, in Libyen zu intervenieren.

Für Europa ist die Lage aus drei Gründen heikel bis sehr problematisch:

- Der Konflikt strahlt direkt und indirekt auf Tunesien und Algerien aus und bedroht deren Stabilität.
- Und vor allem: Nordafrika ist ein gewaltiges Sammelager für Flüchtlinge aus dem ganzen Nahen Osten und Afrika, die auf eine Gelegenheit warten, übers Meer ins gelobte Europa zu gelangen. Täglich kommen hunderte Menschen mit ihren Booten in Süditalien an, weitere Hunderttausende warten darauf. Sie sind den lokalen kriminellen Banden, die oft in die Machtkämpfe involviert sind, völlig ausgeliefert.
- Die Erdölversorgung ist gefährdet

Und wie sieht es in den anderen Weltregionen aus?

Hier ein summarischer Überblick:

- In Afrika herrscht nur in wenigen Staaten wirklich politische und wirtschaftliche Stabilität. Die meisten afrikanischen Staaten sind nach wie vor sehr schlecht regiert und damit oft auch undurchsichtigen und ausbeuterischen Rohstoffkonzernen ausgeliefert, was den Nährboden für Elend, Krankheiten, Frustration, Verzweiflung und Gewalt bereitet. Dass sich **Ebola** so rasch ausbreiten kann, hängt mit diesem Elend zusammen. Einige Länder Afrikas müssen als gescheiterte Staaten bezeichnet werden, so zum Beispiel die Zentralafrikanische Republik, Südsudan und Teile weiterer Länder. Viele Staaten hängen nach wie vor am Tropf von Hilfsgeldern aller Art – vorwiegend aus dem Westen. Afrika ist darum insgesamt gesehen sicherheitspolitisch eine Belastung.
- Auf dem indischen Subkontinent herrscht, was **Indien** betrifft, wirtschaftliche Aufbruchstimmung,



In Liberia stecken sich täglich Tausende mit der Ebola-Krankheit an. (Reuters)

während sich sein Erzfeind **Pakistan** dauernd am Rande der Anarchie befindet und massiv in die Wirren Afghanistans involviert ist. Pakistan ist zusammen mit **Afghanistan**, von wo sich der Westen jetzt zurückzieht, ein sehr gefährlicher globaler Hotspot.

- Südostasien selber lebt grossmehrheitlich in einer Phase der politischen und wirtschaftlichen Stabilität, von der sehr viele Menschen profitieren. Die grosse Bedrohung, die sich am Horizont abzeichnet und bereits zu ersten Gewittern geführt hat, ist das Hegemonialstreben der wirtschaftlichen Supermacht **China**, welche grosse Teile des Südchinesischen Meeres jenseits aller geographischen Gegebenheiten für sich beansprucht.
- China selber verfolgt eine langfristige Strategie, die es zur Weltwirtschaftsmacht Nummer 1 machen soll, wobei alle Instrumente der Machtpolitik ausgespielt werden. Wenn es einen Staat gibt, der über eine umfassende Strategie verfügt, dann ist es zweifellos China. Dazu gehört auch eine strikte Nichteinmischungspolitik, das aber auch als Alibi für ein Nichtengagement in den Krisenregionen der Erde dient – nicht einmal im rein humanitären Bereich.
- Nordamerika mit den USA und Kanada sind stabil, sie sind aber Teil respektive Partei in den oben beschriebenen Konflikten.
- Lateinamerika südlich des Rio Grande besteht aus stabilen und weniger stabilen Regionen. Grosse Teile Mittelamerikas – vor allem Mexiko, Guatemala und Honduras – befinden sich in der Gewalt der **Drogenkartelle**. In Südamerika selber herrscht – mit einigen Ausnahmen – wirtschaftliche und politische Stabilität. Die regionale Grossmacht **Brasilien** ist aber zu sehr mit sich selber beschäftigt, als dass es einen substanziellen Beitrag an die Eindämmung der grossen Konfliktherde leisten könnte.

Gleichzeitigkeit als grösste Herausforderung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die westlichen Staaten immer wieder mit gefährlichen Krisen konfrontiert worden: Die Herausforderung für das Krisenmanagement wäre darum nichts Neues. Was die heutige weltpolitische Lage ausserordentlich macht, ist einerseits die Gleichzeitigkeit all dieser Herausforderungen sowie die Uneinigkeit der Gross- und Supermächte und die äusserst ambivalente Haltung wichtiger Regionalmächte, wie Erdogans Türkei, Iran und Saudiarabien sowie das Abseitsstehen der wirtschaftlichen Supermacht China in der Übernahme von Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität der Welt. Auf China ist in der Sicherheitspolitik nicht zu zählen. Im besten Fall kann man von Peking ein passives Stillhalten erhoffen. Das Land profitiert aber in höchstem Masse von der Wiederherstellung der Stabilität, zum Beispiel bei der Erschliessung von Energie- und Rohstoffvorkommen oder neuer Absatzmärkte.

Fast die ganze Last, mit diesen sicherheitspolitischen Herausforderungen fertig zu werden, ruht auf den USA und den europäischen Staaten, allenfalls auf einigen wenigen weiteren Länder.

Zu einem ungünstigen Zeitpunkt

Die zahlreichen und brandgefährlichen Kriege und Konflikte an den Rändern Europas treffen die demokratischen westlichen Staaten zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Mit wenigen Ausnahmen sind fast alle Staaten respektive Staatengemeinschaften mit sich selber beschäftigt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat im Verbund mit der jahrelangen Schuldenwirtschaft dazu geführt, dass sehr viele und vor allem grosse Staaten finanziell so stark angeschlagen sind, dass sie allein schon mangels finanziellen Reserven einen grossen Teil ihres Handlungsspielraumes aufgeben mussten. Für eine wirkungsvolle Abwehr der zahlreichen Bedrohungen fehlt schlicht das Geld – oder es kann nur mit einer Zunahme der Verschuldung beschaffen werden.

Diese desolote Finanzlage macht die Volkswirtschaften Europas auch verletzlich – verletzlich beispielsweise gegenüber den Retourkutschen Russlands als Folge der Wirtschaftssanktionen, die sich gezielt gegen die schwächsten Staaten richten. Weiter hat diese angespannte Lage innerhalb der einzelnen Staaten schwere Verteilungskämpfe ausgelöst, welche die Gesellschaften und ihre innere Abwehrbereitschaft stark schwächen.

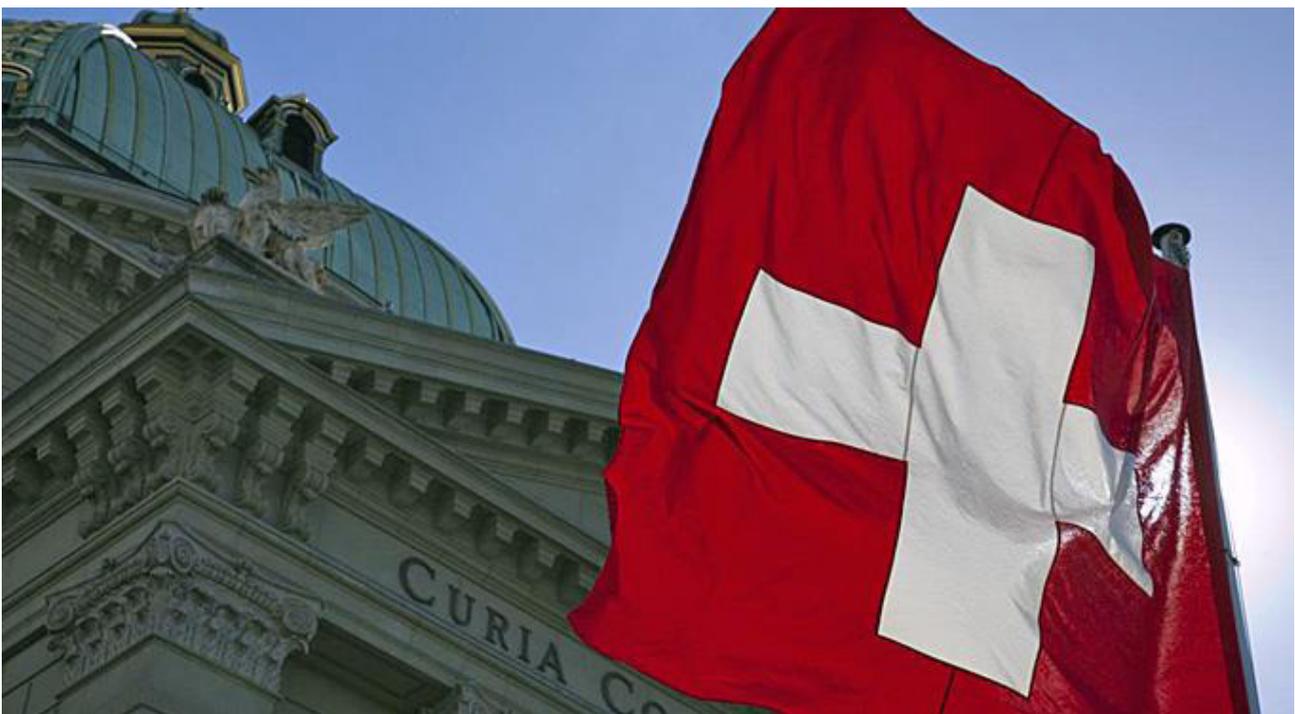
«Ideologisches» Vakuum

Die Gesellschaften Europas und der USA sind nicht nur wegen ihrer hausgemachten Probleme zu sehr mit sich selber beschäftigt, um den gewaltigen Bedrohungen von aussen entschlossen entgegenzutreten: Sie haben auch auf geistiger oder vielleicht besser auf «ideologischer» Ebene den Bedrohungen nichts

entgegenzusetzen und sind deshalb auch nicht in der Lage, diese zu verstehen geschweige denn verstehen zu wollen.

Das praktisch bedrohungsfreie Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges hat weite Teile der Bevölkerung sorglos gemacht und ihnen ein falsches Gefühl der Sicherheit vermittelt. Der Wegfall der ideologischen Auseinandersetzung mit dem «Anderen», mit dem Kommunismus, hat Platz gemacht für einen beispiellosen Individualismus und Konsumismus, dessen einigende Klammer die Beliebigkeit ist. Diese verdrängt viele Werte und Traditionen sowie das Nachdenken darüber – und immer im Namen der individuellen Selbstbestimmung als Mass aller Dinge.

Warum es so weit gekommen ist, kann nur angetönt werden, zu komplex ist auch diese Entwicklung. Geht man in die Zeit des Mauerfalls mit der damals herrschenden Euphorie zurück, so stellt man ernüchert fest, dass von der Verheissung, die Zukunft gehöre der liberalen Weltordnung mit Demokratie und freier Marktwirtschaft, nicht viel übrig geblieben ist. Ja, es war gar vom Ende der Geschichte die Rede. In Tat und Wahrheit hat sich seither der Liberalismus praktisch nur in der Wirtschaft breitgemacht, während die Demokratie in die Defensive geraten ist. Autoritäre Regierungen, gepaart mit Wirtschaftserfolg sind aus liberaler Sicht unmöglich, aber mittlerweile vielerorts Tatsache. Die Konzentration des Liberalismus allein auf die Wirtschaft stärkte auf Kosten der Nationalstaaten vor allem gesichtslose Grossgebilde wie die EU oder die handfesten Wirtschaftsinteressen grosser Konzerne, zu deren rücksichtsloser Durchsetzung sich namentlich die USA stark machen (zum Beispiel



Bundesrat und Parlament müssen die Sicherheitspolitik der Schweiz rasch und gründlich überprüfen und Folgerungen daraus energisch umsetzen.



Auf Lilienberg werden an speziellen Anlässen die wichtigsten Konfliktherde beleuchtet und deren Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik Europas und der Schweiz analysiert.

im Rahmen des Transatlantischen Freihandelsabkommen, TTIP, das seit 2013 verhandelt wird). Dies erklärt vielleicht auch zum Teil die Sympathien für Putin.

Und die Schweiz?

Auch die Schweiz ist gefordert. Sie darf sich nicht der Illusion hingeben, dass sie sich als neutrales Land von allen Konflikten fernhalten kann. Die Möglichkeit, in Konflikte und Auseinandersetzungen hineinzugeraten oder von ihnen direkt und indirekt betroffen zu werden, macht auch vor der Schweiz nicht halt. Unser Land gehört zu den globalisierten Staaten der Welt. Das bedeutet, dass die Schweiz ihre Sicherheitspolitik rasch und gründlich überprüfen und Folgerungen daraus energisch umsetzen muss.

Bundesrat und Parlament müssen sich endlich bewusst werden, dass sich die Lage rasch verändert hat und sich noch weiter verändern kann. Das VBS und die Armee sind ihrerseits angehalten, ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung wiederherzustellen.

Gefragt sind alle Instrumente der Sicherheitspoli-

Und der Lilienberg?

Der Lilienberg wird sich in den nächsten Monaten in doppelter Hinsicht mit dem Thema beschäftigen: An speziellen Anlässen werden die wichtigsten Konfliktherde an Europas Grenzen beleuchtet und deren Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik Europas und der Schweiz analysiert werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Förderung des Bewusstseins in der Bevölkerung und in der Wirtschaft, dass Sicherheit in sehr hohes Gut ist, das nicht kostenlos zu haben ist.

tik, von der bewaffneten Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste, Diplomatie, Guten Dienste, wirtschaftliche Vorsorge, Entwicklungszusammenarbeit, etc. etc. Als sehr gutes Beispiel dafür sei das Wirken von Bundespräsident Didier Burkhalter in seiner Funktion als Vorsitzender der OSZE erwähnt. Mit seinem besonnenen und den Umständen angepassten Auftreten hat er mässigend auf den Ukraine-Konflikt eingewirkt und der Schweiz grosses Ansehen beschert.

Herausgeberin

Lilienberg Unternehmerforum
Blauortstrasse 10
CH-8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 23 23
Fax +41 71 663 23 24
info@lilienberg.ch
www.lilienberg.ch

Text

Christoph Vollenweider*

Lektorat/Layout

Stefan Bachofen

**Der Autor war vor seiner Tätigkeit auf dem Lilienberg von 1984 bis 2004 Auslandredaktor beim Zürcher Oberländer und von 2004 bis 2008 dessen Chefredaktor.*